



Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures, Diana Stachowitz, Klaus Adelt, Susann Biedefeld, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

EU-Plastikstrategie VI – Vorhandene Systeme und Instrumente zur Umsetzung der Ziele der EU-Plastikstrategie nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, vorhandene Steuersysteme und andere wirtschaftliche Instrumente, wo dies möglich ist, zu nutzen und sich zugleich auf Bundesebene für Maßnahmen einzusetzen, um

- die Verwendung von Kunststoffrecyclaten zu belohnen und Wiederverwendung und Recycling gegenüber der Deponierung und Verbrennung zu bevorzugen und
- die getrennte Sammlung von Kunststoffabfällen voranzutreiben und das Sammlungsverfahren zu verbessern.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, auch der Empfehlung der Europäischen Kommission nachzukommen, im Benehmen mit den jeweiligen Sektoren ein durchdachtes System erweiterter Herstellerverantwortung einzuführen.

Begründung:

Die Maßnahmenempfehlungen im Anhang II der EU-Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft (COM(2018) 28 final/Anhang II) richten sich direkt an nationale und regionale Behörden.

Alle politischen Ebenen haben, vor allem auch mit Blick auf zukünftige Generationen und Gemeinwohlinteressen, die Verpflichtung, sich für eine nachhaltige und ressourcenschonende Wirtschaftsweise einzusetzen. Speziell mit Blick auf die über Generationen hinweg bestehenden Einträge von Plastik und Mikroplastik und deren überwiegend negative Einflüsse auf Umwelt und Gesundheit, ist es richtig, die zielgerichteten Empfehlungen der EU-Kommission zur Umsetzung der EU-Plastikstrategie nach Möglichkeit vollumfänglich auszuführen. Alle Regierungen der EU-Mitgliedsländer sollen sich in diesem Kontext als Vorbilder und die Europäische Union als Vorreiter verstehen.